



DL21

#leftlessons

## #leftlessons Nr.4 – Zusammenfassung

### Nachhaltige Investitionen – vor und nach Corona mit Gustav Horn

#### Woher die ökonomische Krise rührt

Neoliberale sagen, es reiche, wenn Unternehmen entscheiden würden, wo sie investieren wollen, wenn der Markt ihnen Möglichkeiten bietet. Dabei kommen aber nur die Präferenzen zum Tragen, hinter denen wirtschaftliche Macht steckt. Es gibt aber auch andere Interessen: Demokratie, soziale Lebensverhältnisse oder Nachhaltigkeit.

Gerade im Denkgebäude des Demokratischen Sozialismus muss man heute deshalb intensiv über die Stärkung von Investitionen nachdenken, die von politischer Seite, also vom Staat motiviert werden. Wir müssen neu und weitergehend bestimmen: Wo wollen wir investieren? Und wo wollen wir nicht investieren? Investitionen sind das Geld, was der Staat ausgibt, um Gesellschaft zu gestalten, dort entsteht Neues. Wo nicht investiert wird, verfällt alles.

Es gibt dabei große Probleme zu berücksichtigen: Im Zeitalter der Digitalisierung steht eine große Umgestaltung von Arbeit, Leben, Maschinen und Produkten an. Die Digitalisierung bringt uns einerseits ein globales Zusammenrücken der Gesellschaft, aber sie verschärft auch Probleme, bedenkt man etwa, wie schnell und teilweise verheerend an den Finanzmärkten Informationen ausgetauscht und gehandelt werden.

Wir wissen außerdem, dass unsere bisherigen Wirtschaftsformen nicht nachhaltig sind. Wir können unseren Ressourcenverbrauch nicht durchhalten. Er ist zu hoch. Er muss gesenkt oder ganz beendet werden. Einen solchen Umbau der Ökonomie kann mit Markinstrumenten nicht gewährleistet werden. Dafür braucht man politische Schwerpunktsetzungen und Anreize durch staatliche Investitionen.

Auch vor „Corona“ hatten wir daher eine lange Debatte um Investitionsnotwendigkeiten. Gerade auf der kommunalen Ebene sind Investitionen aber seit 13 Jahren negativ. Das bedeutet: Unsere öffentliche Infrastruktur verschleißt und verfällt – jedenfalls im Durchschnitt. Riesige Investitionen sind zugleich im Bildungsbereich nötig, sind für eine flächendeckende digitale Infrastruktur nötig – auch um die Städte vom ungebremsten Zuzug zu entlasten. Sehr offenkundig haben wir auch Mangel im Gesundheitsbereich. Das sind nur drei Beispiele, die



DL21

#leftlessons

zeigen, dass wir erheblich mehr öffentliche Investitionen brauchen, um für alle Menschen eine bestmögliche Entwicklung in die Zukunft zu eröffnen.

Die derzeitige Corona-Krise ist ausgesprochen ungewöhnlich: Es ist wirtschaftlich gesehen eine herbeigeführte Krise, weil wir zur Unterbindung der Ausbreitung des Virus, bestimmte Produktionen, besonders sozialen Konsum, gestoppt haben (Kultur, Gastronomie, Messen...). Das ist eine ganz bewusst herbei geführte Krise in bestimmten Bereichen. Andere Bereiche konnten weiterproduzieren (Autos, Online-Handel, Lebensmitteleinzelhandel, Fahrradhändlerboom). An manchen Stellen war die Krise radikal und tief wie nie, in anderen Bereichen weniger.

### **Was machen wir nun, um da wieder raus zu kommen?**

Die Bundesregierung versucht durch ihr Konjunkturpaket, den sozialen Konsum wieder anzukurbeln.

Vom Volumen ist es das ambitionierteste Konjunkturpaket, das es je gegeben hat (4 % BIP). So etwas war aber auch noch nie so notwendig. Es enthält viel Richtiges (Kinderbonus), aber für die unteren und mittleren Einkommen hätte es weiterer Maßnahmen bedurft. Auch ist Skepsis wegen des Effekts Mehrwertsteuersenkung berechtigt.

### **Neue Konstellation in der Hegemonie**

Neben der quantitativen Dimension dieses Konjunkturpakets haben wir eine bemerkenswert veränderte wirtschaftspolitische Konstellation. Man muss unter Fachleuten nicht mehr so sehr streiten, ob Konjunkturprogramme überhaupt nötig sind. Das haben nun (fast) alle begriffen. Heute diskutiert man über die Ausgestaltung solcher Maßnahmen. Aber es ist klar, dass der Staat eine ganz tragende Rolle bei der Gestaltung der Wirtschaft hat. Es ist ein qualitativer Sprung in die richtige Richtung, dass es wieder das Bewusstsein für ein gesamtwirtschaftliches Interesse gibt. Auch viele jüngere Ökonomen ziehen dabei mit.

Neu zu beantworten ist jetzt die Frage: Welche Rolle spielt der Nationalstaat? Das muss gerade aus der Perspektive des Demokratischen Sozialismus interessieren. Demokratischer Sozialismus ist immer Internationalismus. Wenn wir uns abschotten und glauben, dass wir auf einer Insel der Seligen leben, haben wir uns geirrt. Wenn andernorts Dumpingpreise und schreckliche Ausbeutung herrschen, schlägt das auf unsere Importe und auf unsere Löhne und Arbeitsbedingungen zurück. Grenzen hochziehen bedeutet Wohlstandsverlust. Schon deshalb müssen wir über einen internationalen Kontext reden.



DL21

#leftlessons

Da sind uns die Länder der EU die nächsten. Auch dort erleben wir einen Quantensprung: Wir erkennen klar, dass uns angeht, was in Griechenland, Italien und Spanien passiert – mindestens, wegen der Absatzchancen. Wir können nur unter Berücksichtigung dieser Tatsache unseren Wohlstand mehrten. So kommt jetzt auch in der Bundesregierung eine veränderte Haltung zum Tragen, die man noch ausarbeiten muss. Aber es macht uns für die EU optimistischer, denn die Bundesregierung tritt nicht mehr als knallharte Austeritätsbefürworterin, als Nein-Sagerin auf, sondern sucht nach gemeinsamen Perspektiven, besonders zusammen mit Frankreich.

Das erleichtert auch die Argumentation für europäische Werte – für eine wirkliche Sozialstaatlichkeit. Wir sehen an den USA, wie es da ohne diese Sozialstaatlichkeit läuft. Die Leute wehren sich dort gegen die Corona-Maßnahmen, weil sie jobben müssen und der Staat sie nicht absichert. Sozialstaatlichkeit hilft bei der Bekämpfung der Pandemie. Mit einem guten Sozialstaat kann man sie besser und schneller überwinden.

Das alles hat damit zu tun, auf eine Wirtschaft abzielen, in der zum Allgemeinwohl der Staat eine wesentliche Rolle spielt – sei es zur Stabilisierung in der Krise, sei es für eine demokratische und verantwortliche Gestaltung in die Zukunft.

### **Was wir lernen müssen**

Durch die Reformen der 2000er Jahre wurde es als Ergebnis individueller Entscheidungen bzw. als individuelles Problem angesehen, wenn jemand arbeitslos, krank oder alt wird. Vorher galt sowas als schicksalhaftes Eintreten eines sozialen Risikos gegen das gesellschaftlich und nicht „eigenverantwortlich“ Sorge zu tragen war.

Der Neoliberalismus hat den „sozialen Schutz“ der Bevölkerung vor gesellschaftlichen Risiken erodiert und demokratische Partizipationsmöglichkeiten abgebaut. Dies, im Zusammentreffen mit einer großen Modernisierungskrise des kapitalistischen Wirtschaftens, ist die Konstellation, in der rechtspopulistische Kräfte Oberwasser gewinnen konnten.

Der Neoliberalismus ist die ideologische, kulturelle und ökonomische Quelle des Aufstiegs der Rechtspopulisten. Es gibt keinen stabilen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und geringen Einkommen auf der einen Seite und der Neigung, rechtspopulistische Parteien oder Bewegungen zu wählen auf der anderen. Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung unter neoliberalen Vorzeichen verschärfen aber die Konkurrenz so sehr, dass es zu enormen Machtverschiebungen zwischen den Wohlhabenden und Mächtigen einerseits und allen



DL21

#leftlessons

anderen gekommen ist. Dazu hat besonders die Entfesselung der Finanzmärkte beigetragen, die die Welt hierarchischer gemacht und das Gefälle zwischen Zentren und Peripherie verschärft hat. Die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen ist dadurch extrem gewachsen; wirtschaftliche Risiken wurden den Einzelnen oder den Staaten aufgebürdet, nicht den Unternehmen. Die so erzeugte Unsicherheit wird durch eine Unkenntnis und Einflusslosigkeit im Hinblick auf künftige Entwicklungen noch verschärft.

In dieser Situation erweist sich nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland als besonders problematisch, dass die politischen Entscheidungen der Parteien eine größere Nähe zu den Präferenzen und Überzeugungen der Wohlhabenderen aufweisen als zu denen der Ärmeren. Wirtschaftliches Zurückbleiben wird also von politischer Einflusslosigkeit begleitet – eine doppelte Misere. In die so gerissene Vertretungslücke springen nun Parteien wie die AfD erfolgreich ein; und dies, obwohl es ihr an einem kohärenten Programm gerade in Bezug auf sozio-ökonomische Interessen der Mehrheit fehlt. Sie wird Sprachrohr dieses – realistischen – Gefühls, zurückgelassen zu werden und macht daraus das Versprechen eines „Befreiungsschlags“ für die sogenannten Kleine Leute durch starke Führer\*innen.

Wenn es also um die Wiederherstellung der Schutzfunktion des Staates geht, muss man die Kritik des „Paritätischen“ am aktuellen Konjunkturprogramm daher zum Beispiel sehr ernst nehmen: bei bestimmten Bevölkerungsgruppen kommt es nicht an. Es wäre richtig, besonders Familien mit Kindern, gerade in den unteren Einkommenschichten, zu fördern. Dieses Geld würde über den Konsum sofort in die Wirtschaft zurückfließen. Auch müsse man schnell und erheblich die Hartz IV-Sätze anheben – unabhängig von „Corona“. Das Bürgergeld ist ein Reformschritt auf einem Weg, den die SPD weitergehen sollte.

Die Politik der „Eigenverantwortung“ gibt den Menschen – und zwar allen – zunehmend das Gefühl, bedroht zu sein und im Stich gelassen zu werden. Das ist die aufgegangene Saat des Neoliberalismus. Man wählt dann rechte Parteien, weil Abschottung und nationale Vorteilsnahme gegen den Kontrollverlust helfen sollen.

Die Schutzfunktion des Staates dagegen herzustellen bedeutet zunächst einmal, dass die staatlichen Akteure sich dem Allgemeinwohl und nicht den Verwertungsbedingungen des Kapitals verpflichtet sehen müssen. Das heißt ferner, dass es Investitionen in den klassischen Gebieten der Sozialstaatstätigkeit in erheblichem Umfang geben muss. Außerdem bedarf es (auch gegen die CDU) dringend einer Altschuldenregelung für die Kommunen, um deren politische Handlungsfähigkeit und damit die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung herzustellen. Zugleich muss man neben der lokalen Ebene „Europa“ stärken, wie die



DL21

#leftlessons

Notwendigkeit einer solidarischen Gesundheitsvorsorge jüngst gezeigt hat. Aber gerade diese Stärkung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet wird nur durchzusetzen sein, wenn sie mit einer glaubwürdigen Demokratisierung der EU einhergeht.

Wichtig ist, nach der aktuellen Krise nicht in alte Muster zurückzufallen. Es braucht enormen Handlungsdruck für eine sozial verantwortliche gesamtwirtschaftliche Perspektive. Aktuell heißt das besonders, den Kampf um die Schuldenbremse aufzunehmen, weil diese sonst verlängert wird, um die Kosten der Krise erneut den wirtschaftlich schwächeren aufzubürden und die notwendige investitionspolitische Wende auszubremsen. Der Bundesfinanzminister hat zwar einen ganz langfristigen Konsolidierungspfad für das derzeitige Konjunkturpaket skizziert, aber es gibt dagegen von rechts sofort Druck. Das grundsätzliche ökonomische Problem der derzeitigen Schuldenregelungen ist, dass sie auf der Fehlannahme basieren, dass Märkte aus sich heraus in relativ kurzer Zeit in einen Gleichgewichtszustand fänden. Nur sind diese Zeiten – wenn sie je bestanden haben – längst vorbei. Die Schuldenregeln behindern eine wirtschaftspolitische Gestaltung und drängen die Politik in eine passive Krisenreaktionsmechanik zurück. Wir brauchen aber eine offensive, investive Politik.

Gerade weil sich eine solche Wende in der SPD nun andeutet, ist die gegenwärtige lautsprecherische Kritik zum Beispiel der IG Metall an dem Konjunkturpaket völlig fehl am Platz. Grundsätzlich muss die SPD einen gesamtwirtschaftlichen Standpunkt einnehmen und nicht branchenweise denken. Es geht aber auch gar nicht um Investitionssenkungen im Metallbereich, wie suggeriert wird, sondern es geht um einen Strukturwandel. Das merkt man eben auch im Konjunkturprogramm. Man darf jetzt nicht den Status quo ante fördern, denn das kann auch nicht im Interesse der Arbeiter sein. Mit der bisherigen industriellen Struktur sind ihre Arbeitsplätze gar nicht sicher; gerade eine gewandelte Struktur ist wirtschaftlich und lohnmäßig aussichtsreich. Nur die SUVs werden deshalb jetzt nicht mit Steuergeldern gefördert.

### **Gesamtwirtschaftliche Perspektive**

Für die Zukunft geht es also um ein gewandeltes Investitionsverhalten. Die Privaten sollen ruhig die unternehmerischen Risiken für Innovationen übernehmen und dafür gegebenenfalls auch Gewinne einfahren. Der Staat muss die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch dafür schaffen. Aber öffentliche Güter, die die Lebensperspektive der Bevölkerung bestimmen, lohnen sich privatwirtschaftlich nicht. Sie sind Kernaufgabe staatlicher Gewährleistung.





DL21

#leftlessons

Es muss Kern sozialdemokratischer Politik sein, die Schutzfunktion des Staates wiederherzustellen. Dafür ist unbedingt die Verteilungsfrage neu zu stellen. Es geht dabei nicht um einen „Neo-Etatismus“, sondern um einen klugen, demokratischen Ideenwettbewerb mit einer starken Rolle der Zivilgesellschaft. Diese Trendwende setzt massive Investitionen über einen langen Zeitraum voraus. IMK und das arbeitgebernahe IW haben errechnet, dass über die kommenden zehn Jahre ein in den bisherigen Planungen nicht abgedeckter Investitionsbedarf von ca. 450 Milliarden Euro besteht (vor Corona). Vermögen, Erbschaften und Finanzmarkttransaktionen müssen dafür steuerlich herangezogen werden. Eine ausreichende Finanzmarkttransaktionssteuer muss auch zur Eindämmung der Spekulationen her. Da darum aber eine Weile gekämpft werden muss, sollte die Schuldenbremse schnell gelöst oder gründlich reformiert werden, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Sie mit Schattenhaushalten oder Fonds zu umgehen, ist keine Lösung, denn die öffentlichen Haushalte werden dadurch noch intransparenter.

### **Kämpfen!**

Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dies ginge, weil es vernünftig ist, ohne Widerstände ab. Vermögende haben im politischen Prozess auch in Deutschland wesentlich mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen gewonnen. Man muss wissen, auf was man sich da einlässt. Deshalb ist Bündnispolitik wichtig und man kann wahrnehmen, dass schon seit der Finanzmarktkrise bis ins bürgerliche Lager hinein wesentliche Argumente gegen die Finanzialisierung des Kapitalismus und für eine erhebliche sozialstaatliche Regulierung durchgedrungen sind. Nur haben wir irgendwie zu wenig daraus gemacht. Wir haben nicht klar gesagt, was wir an sozial-ökologischer und politischer Wende wirklich brauchen oder wir haben diese Debatte politisch borniert geführt und bei rechnerischen linken Mehrheiten diese nicht wahrgenommen.

Wir brauchen eine klare Positionierung, die auch konfliktträchtig ist. Wir können dann Unterstützer\*innen suchen und klären, mit wem sich zusammenarbeiten lässt. Im Bereich der öko-sozialen Wende und der EU-Reform gibt es erhebliche Schnittmengen mit den Grünen, in der Sozialpolitik mit der Linken. Man muss die Themen ausdiskutieren. Es sollte außer nach ganz rechts dabei keine Tabus geben.

*Buchtipp: Gustav Horn, Gegensteuern – Für eine Wirtschaftspolitik gegen Rechts, Berlin: 2020.*